



19 April 2013

Baustelle Europa und die Schweiz

24. INTERNATIONALES EUROPA FORUM LUZERN
MONTAG, 22. APRIL 2013, 13:00 BIS 18:00 UHR, KKL LUZERN

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Es freut mich Gast des diesjährigen Europa Forums zu sein und die Möglichkeit zu haben, meine Gedanken zur Zukunft Europas und der Rolle der Europäischen Industrie mit Ihnen zu teilen. Gerade in einer Zeit, die für Europa äußerst schwierig und vor allem entscheidend ist, um zukünftig im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

→ *Einspielung Video!*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Diese kurze Einleitung zeigt einige zentrale Stärken des Wirtschaftsstandorts Europa. Wie Sie sehen konnten, ist Europa NOCH die weltweit größte Volkswirtschaft, der weltweit größte Exporteur sowie Weltmarktführer in mehreren Sektoren wie beispielsweise der chemischen Industrie. Diese Position hat sich Europa mit großem Eifer und Einsatz hart erarbeitet. Es liegt nun an uns – meine sehr geehrten Damen und Herren – diese Erfolgsgeschichte weiterhin fortzusetzen!

Im Laufe dieses Nachmittags wurden von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits mehrere zentrale Baustellen angesprochen. Wie gehts es mit der Europäischen Union in ihrer Form als Gemeinschaft und als Rechtsrahmen weiter? Welche wirtschaftlichen Perspektiven tun sich für Europa auf? Wie überwinden wir nachhaltig die nach wie vor andauernde Finanz- und Schuldenkrise? All das sind Baustellen an denen eifrig und sorgfältig gearbeitet werden muss.

Eines sollte uns allen bewusst sein: Wir brauchen ein gemeinsames Europa und keineswegs eines, in dem nationale Interessen überwiegen. Sämtliche Baustellen über die heute gesprochen wurde, betreffen nicht nur einzelne Mitgliedsstaaten, sondern alle 27 Mitglieder der Europäischen Union. Wir alle sind aufgefordert an diesen Baustellen mitzuarbeiten und einen Beitrag zu leisten, um Stück für Stück das Bauwerk Europa fertigzustellen.



Das Jahr 2013 ist für Europa ein sehr entscheidendes Jahr. In vielen Politikbereichen sind wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen zu treffen, die für den Fortbestand der Europäischen Union und für den Wohlstand Europas von enormer Wichtigkeit sind.

Nach wie vor befinden wir uns in einem schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Das Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union befindet sich noch immer unter dem Niveau aus dem Jahr 2008 und auch bei der Arbeitslosigkeit erwarten wir einen weiteren Anstieg für das Jahr 2013.

Wir müssen weiterhin an unserem Kurs festhalten. Sämtliche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind hier gefordert, die notwendigen strukturellen Reformen umzusetzen und ihre Budgetkonsolidierung weiter voranzutreiben. Dies aus guten Grund! Beides bildet das Fundament für langfristiges Wachstum und Beschäftigung.

Und dieser Kurs ist auch der richtige, wie kürzlich veröffentlichte Daten zeigen: Betrugten die Budgetdefizite in der Europäischen Union im Jahr 2009 noch 7% des europäischen Bruttoinlandsproduktes, konnten diese im Jahr 2012 auf 4% reduziert werden.

Wir brauchen weitere nachhaltige Maßnahmen, um das schwächelnde Wirtschaftswachstum in Europa, gerade im Vergleich mit seinen wichtigsten Konkurrenten und Handelspartnern, anzuregen. Prognosen für das Jahr 2013 zeigen ein Wachstum von 0,1% des Bruttoinlandsprodukts.

Die Volkswirtschaften USA und China erwarten für heuer ein Wachstum von 1,9% beziehungsweise 8,0% und somit um ein Vielfaches mehr. Selbst die Prognose für Japan mit 1,0% liegt deutlich über der Prognose für Europa. Eines sollte uns bewusst sein. Wir benötigen Wachstum, um diese Krise zu meistern und wettbewerbsfähig bleiben zu können.

Die aktuelle politische Diskussion über die Bedeutung der Industrie für Europa und die Forderung nach einer Reindustrialisierung kommt zu einem bedeutenden Zeitpunkt und freut mich sehr. Sie ist sowohl eine Wertschätzung als auch eine Bestätigung, dass die Europäische Industrie nach wie vor einen wertvollen Beitrag zum Wohlstand in Europa leistet.

Diese gesteigerte Aufmerksamkeit und Forderung nach einer Renaissance der Industrie ist gleichzeitig aber auch eine Art Déjà-Vu für mich. Während meiner Zeit als Generalsekretär der Industriellenvereinigung in Österreich führten wir eine ähnliche Debatte auf nationaler Ebene.



Österreich war und ist ein Land mit einer traditionell starken industriellen Basis. Nichts desto trotz war es zu diesem Zeitpunkt notwendig, auf die Rolle der Industrie hinzuweisen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöhten.

Für mich war klar, dass ein zentraler Punkt das öffentliche Bewusstsein gegenüber der Industrie war. Wir entwickelten daher eine INDUSTRIELAND ÖSTERREICH Initiative, die die Steigerung des Bewusstseins der breiten Bevölkerung für die Wichtigkeit einer starken industriellen Basis zum Ziel hatte. Eine solche Initiative brauchen wir zum jetzigen Zeitpunkt auch auf europäischer Ebene.

Wir müssen dieses Jahr nützen, um den europäischen Bürgerinnen und Bürgern vor Augen zu führen, dass eine gesunde und starke Industrie unerlässlich ist, um den Wohlstand in ganz Europa zu sichern. Eine gesunde und wettbewerbsfähige industrielle Basis leistet bereits jetzt einen entscheidenden Beitrag, Europa wieder zu neuer Stärke zu verhelfen.

Erlauben Sie mir dieses Argument weiter auszuführen. Die letzten Jahre zeigten, dass gerade Staaten in Europa mit einem starken industriellen Kern, wie Deutschland mit einer Industriequote von 22,3% gemessen am nationalen Bruttoinlandsprodukt, Österreich mit einer Quote von 18,7% oder auch Tschechien mit einem Anteil der Industrie am nationalen Bruttoinlandsprodukt von 24,6%, im Vergleich zu Staaten mit schwachem industriellen Sektor relativ gesehen besser mit den Folgen der internationalen Finanz- und Schuldenkrise zu Recht gekommen sind.

Aus diesem Umstand müssen wir die Lehren ziehen und auf europäischer als auch nationaler Ebene entsprechend umsetzen, um nachhaltiges Wachstum und Europas Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Mit der Veröffentlichung des neuen Ziels der Europäischen Kommission, den Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union von derzeit ungefähr 16% auf 20% bis zum Jahr 2020 zu erhöhen, wurde ein erster Schritt in Richtung Reindustrialisierung gemacht. Wichtig ist nun, dass die Vorschläge zur Erreichung dieses Ziels entschlossen umgesetzt werden und nicht wie bisher lediglich ein starkes Bekenntnis zur Industrie bleiben. Es bedarf einer neuen industriepolitischen Strategie für Europa. Das Zeitfenster hierfür ist begrenzt.

Die Forderung einer Re-Industrialisierung und damit Stärkung der industriellen Basis in Europa ist auch dringend notwendig. Ein Vergleich der Industriequoten über die letzten 15 Jahre verdeutlicht, dass die Industrie auf breiter Front an Anteilen verloren hat. Dies gilt sowohl für Industrieländer in Europa, Amerika als auch für alle Schwellenländer. Zwischen 1995 und 2011 war weltweit ein Rückgang des Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung von 20,4% auf 17,5% zu beobachten.



Innerhalb der Europäischen Union konnte die Industrie zwischen 2000 und 2011 lediglich in Deutschland, Polen und den Niederlanden an Anteil gewinnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Entwicklung zeigt das eine neue starke industriepolitischen Strategie für den Wirtschaftsstandort Europa notwendig ist, um das ambitionierte Ziel einer Reindustrialisierung Europas auch erreichen zu können. Die Industrie ist Motor für Wertschöpfung und Wohlstand, ein Erfolgsgarant für europäische Exporte und ein wichtiges Zugpferd für andere Branchen in Europa.

80% aller europäischen Exporte und vier Fünftel aller privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung werden von der europäischen Industrie getätigt. Gemeinsam mit industrienahen Dienstleistungen zeichnet sich die Industrie auch für 45% der Arbeitsplätze in Europa verantwortlich. Diese Wertschöpfung entlang der gesamten Wertschöpfungskette gilt es zu sichern und entsprechend zu fördern.

Europa muss als Wirtschaftsstandort wieder attraktiver werden. Dies erfordert eine neue umfassende Industriepolitik auf europäischer Ebene, die in Innovation und Forschung investiert, nachhaltiges industrielles Wachstum und Beschäftigung schafft und damit auch Europas Wettbewerbsfähigkeit weiter stärkt. Industriepolitik muss als Imperativ für Europa gelten.

Im internationalen Vergleich verlieren wir gegenüber unseren wichtigsten Handelspartnern an Boden. Die Gründe hierfür sind vielfältig und sind in mehreren Bereichen zu finden:

- ein zu stark regulierter Binnenmarkt
- eine zu geringe Arbeitsproduktivität und mangelnde Flexibilität am Arbeitsmarkt
- ein mangelnder Zugang zu Kapital
- steigende Energiekosten und eine steigende Importabhängigkeit an Rohstoffen
- sowie ein Rückfall im Bereich technologischer Innovationen

Diese Faktoren schaden der Wettbewerbsfähigkeit Europas und führen in weiterer Folge zu einem bereits jetzt sichtbaren Rückgang an Investitionen in den Standort Europa, wie ein Vergleich der Direktinvestitionen Europas mit den USA verdeutlicht. Zwischen 2009 und 2011 stiegen die Direktinvestitionen in Europa um 19% wohingegen in den USA ein Anstieg von 35% zu beobachten war.

Gerade Investitionen aus dem privaten Sektor wurden durch die Krise schwer getroffen. In 26 Mitgliedsstaaten ist das private Investitionsvolumen nach wie vor niedriger als im Jahr 2007 und liegt im europäischen Durchschnitt 15% unter dem damaligen Niveau. Diese Tatsache wird noch ernüchternder, wenn man sich absoluter Zahlen bedient. Es bedeutet einen Rückgang von mehr als EUR 350 Milliarden an



jährlichen privaten Investitionen in die europäische Wirtschaft zwischen 2007 und 2011.

Um diesen Trend umzukehren und Europas Industrie zu neuer Stärke und Wettbewerbsfähigkeit zu verhelfen, müssen wir an unseren Schwächen arbeiten und entsprechende Rahmenbedingungen entwickeln:

Europa muss die drohende Überregulierung des Binnenmarktes verhindern und durch kluge Rechtssetzung ein wettbewerbsfähiges Umfeld schaffen.

Wir benötigen einen gut funktionierenden Binnenmarkt und eine EU-Politik, die die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als oberstes Ziel verfolgt. Aktuell lässt sich jener notwendige Fokus bezweifeln. Zu nennen sind hier unter anderem politisch motivierte Eingriffe in den Emissionshandel oder auch die Veröffentlichungspflicht nicht-finanzieller Informationen in Jahresabschlüssen.

All das erhöht lediglich den bürokratischen Aufwand für Unternehmen, der bereits jetzt eindeutig zu hoch ist und sich auf 3,5% des EU-Bruttoinlandsproduktes beläuft. Die Europäische Kommission ist hier gefordert, regelmäßig nachzuweisen, wie Aspekte zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Gesetzesentwürfe integriert wurden.

Europa muss sich im Bereich der Arbeitsproduktivität und der Flexibilität der Arbeitsmärkte verbessern.

In den Jahrzehnten vor der Krise war in vielen Europäischen Ländern eine Entkoppelung des Wachstums der Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität zu beobachten. Seit dem Jahr 2000 stieg die Arbeitsproduktivität pro Jahr lediglich um 0,66% im Euro-Raum wohingegen in den USA ein jährlicher Anstieg von 1,80% zu beobachten war. Diese Lücke gilt es zu schließen.

Zudem bedarf es flexibler Arbeitsmärkte, denn sie schaffen Arbeitsplätze und fördern die Zusammenführung von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt.

All das gelingt jedoch nur, wenn wir auf nationaler Ebene strukturelle Reformen vornehmen, die die Starrheit der europäischen Arbeitsmärkte reduziert und letztlich die Produktivität steigern sowie Arbeitsplätze schaffen.

Europa muss den Zugang zu Kapital für seine Unternehmen verbessern und erleichtern.

Nach wie vor ist in Europa Kreditfinanzierung durch Banken das traditionelle Finanzierungsinstrument für Unternehmen. Aufgrund der Krise und neuer Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung für Banken haben sich die Konditionen bei der



Kreditvergabe jedoch verschärft und werden auch in den kommenden Jahren ähnlich streng bleiben.

Europa muss daher Alternativen zur Bankfinanzierung entwickeln. Es gilt dabei sicherzustellen, dass Finanzmarktreformen ein Gleichgewicht zwischen der Sicherung finanzieller Stabilität und der Sicherstellung der nötigen Finanzierung für Unternehmen finden.

Weiters gilt es den Zugang zu Kapitalmärkten sowohl im Eigen- als auch Fremdkapitalbereich speziell für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern. Neue Modelle um Risiken abzuschätzen oder auch die Kosten einer Emission zu reduzieren sind dringend erforderlich. Zudem sind Rahmenbedingungen zu schaffen, um vermehrt Venture Capital und Pensionsfonds zur Finanzierung langfristiger Investitionen nutzen zu können.

Europa muss einen leistbaren Zugang zu Energie und nicht-energetischen Rohstoffen sicherstellen.

Europas Industrie leidet zunehmend sowohl unter steigenden Energiepreisen, mit einem Anstieg von 28% zwischen 2003 und 2011, als auch steigenden Kosten für nicht-energetische Rohstoffe, die in vielen Sektoren den Großteil der Produktionskosten ausmachen, beispielsweise 70% im Stahlsektor. Im Vergleich dazu, treiben Europas Konkurrenten, die USA und China, ihre Re-Industrialisierung mit Hilfe von niedrigen Energiepreisen und billigem Zugang zu Rohstoffen voran.

Europas Energie- und Klimapolitik kommt eine zentrale Rolle für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und seiner Wettbewerbsfähigkeit zu. Eine schlüssige und kohärente europäische Energie- und Klimapolitik ist notwendig, um Wachstum in allen Sektoren, einschließlich der Industrie, zu unterstützen und zu fördern!

Die Vollendung des Energiebinnenmarktes ist von hoher Bedeutung für Europa, gerade in Hinblick auf die Energiekosten, die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz. Nach wie vor sind wir von einem integrierten und vernetzten Markt einige Schritte entfernt. Mitgliedsstaaten müssen in einem ersten Schritt, das europäische Energieliberalisierungspaket vollständig umsetzen.

Ende März präsentierte die Europäische Kommission ihr Grünbuch zu einer Energie- und Klimapolitik bis zum Jahr 2030. Seitens der europäischen Industrie ist klar, eine Weiterführung der bisherigen Politik im Sinne von „business as usual“ lehnen wir strikt ab. Europa muss auf die Entwicklungen der letzten Jahre und die geänderten internationalen Rahmenbedingungen reagieren und entsprechende Handlungen setzen. Gerade im Hinblick auf entstandene Kostenbelastungen müssen wir die Lehren



aus dem Energie- und Klimapakett 2020 ziehen und einen realistischeren und vor allem leistbaren Weg hin zu einem CO₂-ärmeren Europa gehen.

Eine Ausrichtung mit einem klaren Fokus auf Kostenwettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und auch ein fairer Beitrag zum Schutz unseres Klimas sind vielmehr notwendig. Dies stärkt das Vertrauen in Europa und ermöglicht neue Investitionen in die europäische Industrie als auch in neue effiziente und CO₂-arme Technologien.

Europa braucht eine Forschungs- und Innovationspolitik, die nachhaltiges Wachstum und die Stärkung seiner industriellen Basis sichert.

Aktuell, befindet sich Europa in der Situation im Bereich von Forschung und Innovation sowohl seinen bisherigen Rückstand zu den USA und Japan weiter zu vergrößern als auch von aufstrebenden Wirtschaftsmächten wie China in der mittleren Frist überholt zu werden. Nach wie vor befinden sich die privaten und öffentlichen Ausgaben für die Forschung bei ungefähr 2% des europäischen Bruttoinlandsprodukts und damit deutlich entfernt von den als Ziel festgesetzten 3%.

Diese Entwicklung gilt es umzukehren. Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, die Ausgaben in Forschung unterstützen und auch die Vermarktung von Innovationen ermöglichen.

Die vollständige Implementierung des Horizon 2020-Programmes sowie die Finanzierung von Pilotprojekten sind notwendige Instrumente, um innovative Unternehmen auf ihrem Weg zu unterstützen. Selbiges gilt für die Stärkung finanzieller Mechanismen, wie Risk-Sharing-Einrichtungen oder Venture Capital, durch die Europäische Investitionsbank.

Ebenso von hoher Wichtigkeit sind der Schutz und das Management von geistigem Eigentum in Europa. Nach wie vor leiden europäische Unternehmen unter Verstoßen gegen geistige Eigentumsrechte. Diesem Umstand ist durch die Einführung des Einheitspatents zum Teil Rechnung getragen worden, bedarf jedoch noch der zeitlich effektiven Implementierung des Übereinkommens zum einheitlichen Patentgericht.

Meine geschätzten Damen und Herren, all das sind Bausteine die notwendig sind, um die Baustelle Reindustrialisierung erfolgreich fertigstellen zu können.

Erlauben Sie mir abschließend die Fragestellung „Reindustrialisierung: Chance und Notwendigkeit für Europas Wirtschaft?“ zu beantworten, denn für mich ist klar: Die Antwort ist ein eindeutiges JA!



Europa braucht eine starke, innovative und vor allem wettbewerbsfähige Industrie, denn sie stellt jene Notwendigkeit dar, der es bedarf, um die Chancen, die sich Europa bereits jetzt und auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten bieten, erfolgreich in Angriff nehmen zu können und zum Wohlstand Europas entscheidend beizutragen.